

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Russland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Tetyana Astashkina, Rainer Lindner

Riga ohne Kiew:

**Anti-Erweiterungsstimmung in der
Ukraine und Ernüchterung bei der
Nato nach der Regierungsbildung**

FG 5 2006/09, August 2006

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

**Riga ohne Kiew:
Anti-Erweiterungsstimmung in der Ukraine
und Ernüchterung bei der Nato nach der Regierungsbildung**

Die anhaltende Transformationskrise der Ukraine hat auch die Außenpolitik erfasst. Entgegen allen Bekundungen nach der jüngsten Regierungsbildung ist von einer Akzentverschiebung in der ukrainischen Außenpolitik auszugehen. Dem alten und neuen Außenminister Borys Tarasjuk sind Kompetenzen entzogen und in den Machtbereich des Premiers integriert worden. Viktor Janukowytsch, vor einem Jahr als Wahlfälscher und „falscher Kandidat“ in die Geschichte verabschiedet, ist mit einer Außenagenda zurückgekehrt, die die Beziehungen zu Russland als prioritär und die Beziehungen zum Westen als pragmatisch betrachtet. Nato und EU haben sich auf eine neue Akteurslage mit einem oligarchisch dominierten Premier und einem sozialistischen Vorsitzenden des Außenausschusses im Parlament einzustellen. An die Vergabe eines Membership Action Plan (MAP) für die Ukraine auf dem kommenden Gipfel in Riga ist angesichts des fehlenden politischen Willens der Parlaments- und Regierungsmehrheit, der wachsenden Anti-Natostimmung im Land, aber auch angesichts der Ernüchterung bei der Nato vorerst nicht zu denken.

Janukowytschs Regierungsübernahme setzt einen vorläufigen Schlusspunkt unter die Debatte um eine Erweiterung der Nato in die Ukraine. In dem pathetischen „Universal der nationalen Einheit“, einem Kompromissdokument, das der Juschtschenko-Bewegung „Unsere Ukraine“ eine Teilnahme an der Regierung sicherte, werden zwar die auf „beiderseitigen Vorteil“ ausgerichteten Beziehungen zwischen der Ukraine und der Allianz betont; ein Beitritt werde aber erst nach einer Volksabstimmung erwogen. Diese werde nicht vor 2008 stattfinden, wie es zuletzt aus Kiew zu vernehmen war. Im Wortvergleich wird deutlich, dass die Nato-Passage des Universals aus dem Memorandum der Antikrisenkoalition aus Regionen, Sozialisten und Kommunisten übernommen wurde. Gerade in der Frage der Nato-Erweiterung kann insofern von einer Kursbestätigung Juschtschenkos keine Rede sein.

Bei der Nato herrscht zudem Ernüchterung. Die Anti-Nato-Aktivitäten auf der Krim im Mai und Juni 2006, der Machtpoker in Kiew, die Beliebtheit politischer Überzeugung, das Ausmaß an Korruptiertheit führender Politiker des Landes und die Rückkehr des Anti-Nato-Politikers Janukowytsch haben die Aussicht auf eine schnelle Eingliederung getrübt. Immerhin kann der Regierungsbildung in Kiew zugestanden werden, dass sie wie auch die für die Janukowytsch-Partei erfolgreichen Parlamentswahlen nach den von der

Verfassung vorgeschriebenen Regeln verlief. Der Westen wird sich auch mit einem ungeliebten Partner wie Janukowytsch arrangieren müssen.

Vorerst kein MAP für Kiew

Die Ankündigung Präsident Bushs, er wolle zum Ende seiner Amtszeit die Ukraine in der Nato sehen, hatte bis zuletzt einen engen Zeitrahmen der Annäherung zwischen einer in der Transformation befindlichen Nato und einer hinter den Reformwartungen zurückbleibenden Ukraine gesetzt.¹ Zurückhaltender waren die Äußerungen des Nato-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer; hatte er doch den Schlüssel zur Mitgliedschaft der Ukraine immer vor allem in Kiew gesehen.² Als der amerikanische Präsident seine ursprünglich im Rahmen seiner Europa-Reise geplanten Ukraine-Aufenthalt absagte, wurde dies als unmissverständliches Zeichen der Enttäuschung und der Abkehr von diesem engen Zeitplan interpretiert. Während die europäischen Nato-Partner Deutschland, Frankreich, Großbritannien und nicht zufällig die Türkei, die sich in einem EU-Beitrittswettstreit mit der Ukraine sieht, einer schnellen Erweiterungsperspektive für die Ukraine skeptisch gegenüberstanden, hat sich in Washington der neue Realismus erst angesichts des Machtgezerres in Kiew eingestellt. Die Äußerungen des State Department seit Juni 2006 und während der anhaltenden Regierungskrise verdeutlichten dies eindrucksvoll.³ Der Nato-Gipfel von Riga im November 2006 wird daher keinen MAP für die Ukraine verabschieden können; die weitere Nato-Perspektive der Ukraine wird frühestens auf dem Nato-Gipfel 2007 beraten.⁴

Die Ursachen für die Abkühlung der Beziehungen liegen im politischen wie im öffentlichen Raum. Die „Ukraine-Illusionen des Westens“ (Anatol Lieven) wurden vor allem angesichts der geringen Zustimmungsrates der Bevölkerung korrigiert. Anders als in Georgien, wo 80% der Menschen ihr Land in der Nato sehen wollen, sieht die Bevölkerung der Ukraine die Nato mehrheitlich noch immer in den Kategorien des Kalten Krieges. Im Frühjahr 2006 sprachen sich bei rückläufiger Tendenz lediglich 22% der Bevölkerung für einen Beitritt zur Nato aus.⁵ Ambitionierte Staatsprogramme der Juschtschenko-Regierungen Tymoschenko und Jechanurow zur Erhöhung der Bereitschaft der Bevölkerung zur europäischen und euroatlantischen Integration sollten durch nationale und regionale Kampagnen die Umfragewerte verändern. Allein für ihre Umsetzung fehlte das Geld. Selbst die dem orangenen Lager zugehörigen Parteien klammerten im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen vom 26. März 2006 das Thema weitgehend aus. Lediglich Juschtschenko trat mit der Beitrittsperspektive und der Aussicht auf einen Zugewinn an Sicherheit in der öffentlichen Diskussion auf. Das gegnerische politische Lager um die „Partei

¹ Daniel Dombey, Tom Warner: Rice looks to set Ukraine on track to joining Nato, in: Financial Times, 25.04.06.

² Ukrainian Monitor: Weekly Issue, 07.02.06, Kiew 2005.

³ David Kramer, Deputy Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs: Ukraine and NATO. Remarks at the U.S.-Ukraine Security Dialogue Series, Cannon House Office Building, Washington, DC, June 22, 2006 <<http://www.state.gov/p/eur/rls/rm/68408.htm>>

⁴ So der Sprecher des State Department Sean McCormack am 03.08.06 <<http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2006/69923.htm>>.

⁵ Vgl. Den', Nr. 48, 24.03.06, S. 3.

der Regionen“ lehnte die Erweiterung ab oder forderte ein Referendum, dessen Ausgang auf der Hand zu liegen schien.

Entflechtung des russisch-ukrainischen Rüstungssektors

Zugleich traten in der Diskussion neben den politischen Differenzen in der Ukraine vitale russische Interessen zutage. Die Ukraine ist der sechstgrößte Waffenhändler der Welt. Der Jahresumsatz der Rüstungsindustrie beträgt etwa 700 Mio. USD; geliefert werde, wie der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow in den Tagen des Kiever Machtpokers mehrfach betonte, auch an China und Iran. Die Kritik Russlands an der außenpolitischen Orientierung Juschtschenkos und vor allem am Kurs der Nato-Annäherung hatte die Stimmung innerhalb der Bevölkerung gegen die Erweiterung noch beflügelt. Diese Kritik hat neben der kulturellen und politischen auch eine wirtschaftliche Dimension. In Russland herrscht seit dem Einsetzen der Ukraine-Nato-Debatte in den Jahren nach 1993 die Gewissheit, dass die Verflechtung der russischen und ukrainischen Rüstungsindustrie mit einem Nato-Beitritt der Ukraine in großen Teilen obsolet ist.

Die Ukraine muss nicht nur große Auslands- und Binneninvestitionen zur Umstellung und Modernisierung ihrer Betriebe im Rahmen des Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK) tätigen, sie verliert zusätzlich den russischen Markt. Russland ist seit der Orangen Revolution im Begriff, den Produktionszyklus für Rüstungsgüter auf eigenem Territorium zu schließen und sich unabhängig vom südlichen Nachbarn zu machen. Die Verlagerung der Triebwerkproduktion für Hubschrauber gehört zu den ersten Schritten auf diesem Weg.⁶ Während die jetzt an Venezuela verkauften Hubschrauber noch mit ukrainischen Triebwerken ausgerüstet sind, soll sich dies in naher Zukunft ändern. Zuletzt wurde außerdem die Einstellung der gemeinsamen Flugzeugproduktion des Typs An-70 bekannt gegeben.⁷ Zwar dürfte die Dynamik der russisch-ukrainischen Rüstungsentflechtung nach der neuen Regierungsbildung in Kiew von russischer Seite etwas gedrosselt werden; an dem Ziel einer von der Ukraine unabhängigen russischen Militärwirtschaft wird sich dennoch nichts mehr ändern.

Externe Destabilisierungspolitik auf der Krim

Zur Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen Ukraine und Russland kommt die Zuspitzung einer neuen Konfliktlage auf der Krim.⁸ Seit der Unabhängigkeit der Ukraine sind in den national-patriotischen und postkommunistischen Kreisen Russlands wiederholt Forderungen nach der Rückgabe der Halbinsel laut geworden. Dabei geht es wie auch in der Nato-Frage um vermeintlich historisch-kulturelle Ansprüche, aber

⁶ Die Verlegung der Produktion der Triebwerke von Zaporischschja nach St. Petersburg ist bereits im Gang. Igor Plugatar: Kto postradaet bol'she? Chočeš' v NATO – ostavajsja so svoimi dvigateljami [Wer wird mehr verlieren? Willst du in die NATO – dann bleib auf deinen Triebwerken sitzen], in: Nezavisimaja gazeta – Novoe voennoe obozrenie, Nr. 17, 26.05.06 (Internetausgabe).

⁷ Die Antonov 70 ist am Ende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.06.06, S. 19.

⁸ Die Autonome Republik Krim, die über ein eigenständiges Regionalparlament verfügt, deren Bevölkerung laut der letzten Volkszählung 2001 mehrheitlich aus Russen (1,2 Mio.) besteht, wo die Ukrainer (492.000) die zweitstärkste Gruppe nach dem dominierenden russischen Bevölkerungsanteil bilden und zudem wieder 243.000 Krimtataren leben, war 1954 an die Ukrainische Sowjetrepublik übergeben worden.

nicht zu letzt auch um Geschäftsinteressen. Russland hat auf der Krim wie in Abchasien viel in den Sezessionstourismus investiert. 2005 betrugen die russischen Investitionen in die Hotelbranche ca. 220 Mio. USD und stiegen damit auf das Zweifache im Vergleich zum Vorjahr.⁹

Die politische Orientierung der strategisch gelegenen Halbinsel ist eindeutig prorussisch. In den zurückliegenden Parlamentswahlen vom 26. März 2006 haben knapp 60% der Krim-Bevölkerung für die Partei der Regionen gestimmt. Die Tymoschenko- und Juschtschenko-Blöcke erhielten hingegen zusammen nur etwa 14% der Stimmen. Die geographische Lage im Schwarzen Meer, die bis 2017 vertraglich geregelte Präsenz der Russischen Schwarzmeerflotte, die ungeklärte russisch-ukrainische Grenzfrage im Golf von Kertsch und im Asowschen Meer – die sich erstmals in der Tusla-Krise 2003 zuspitzte – sowie die seit Jahren üblichen Nato-Manöver „Sea-Breeze“ haben ein Konfliktpotenzial aufgestaut, das sich im Mai und Juni 2006 keineswegs zufällig entlud. Am 29. Mai 2006 blockierten Demonstranten die Entladung eines unter Nato-Flagge ankernden US-Transportschiffes und errichteten eine Zeltstadt als Zeichen des Protestes gegen die Anwesenheit der Nato auf dem Territorium der Ukraine. Etwa 2.500 Personen beteiligten sich an dem „Siegesmarsch“ durch Feodosija.¹⁰ Der gesichtswahrende Rückzug der Nato-Schiffe im Zusammenhang mit der Verlegung von Truppen und Gerät im Kontext der Nahost-Krise hing nicht zuletzt mit den Anti-Nato-Aktionen auf der Krim zusammen, die ein koordiniertes Vorgehen und eine externe Destabilisierungspolitik erkennen ließen.

Bereits als das Krim-Parlament am 5. Juni 2006 die Krim zur „Nato-freien Zone“ erklärte, wurde der ideologische Abstand zur orangenen Staatsführung einmal mehr deutlich.¹¹ Von ukrainischer Seite wurden die Destabilisierungsprozesse auf der Krim vor allem von der Partei der Regionen, der Partei der Progressiven Sozialisten (Natalia Witrenko) und den Kommunisten geschürt: Ein führendes Mitglied der neuen Mehrheitskoalition, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Ukraine, Petro Symonenko, lobte die Protestteilnehmer von Feodosija für die Verteidigung der ukrainischen Verfassung. Formale Akteure, die unterdessen das Land regieren, unterstützten im Juni 2006 direkt oder indirekt die Para-NGOs wie „Proryw“ und die eurasischen Aktivisten. Aus Russland erhielten die Destabilisatoren und Spoiler der Demokratisierung in der Ukraine Unterstützung von den Kommunisten Gennadij Sjuganows, den Nationalliberalen um Schirinowskij und den Kreml-nahen GUS-Technologen Gleb Pawlowskij.¹² Es sind vor allem informelle Akteursstrukturen (siehe Tabelle 2 im Anhang), die die Krim zu einer transregionalen Konfliktzone machen. Aktivisten aus dem Milieu des ukrainisch-russisch-moldauischen Eurasiertums, nationalpatriotische Gruppen aus Transnistrien sowie Verbände, die für die Wiedervereinigung Russlands, der Ukraine und Weißrusslands eintreten, führten im Mai

⁹ „Kryvorožstal“ ne dognala statistiku [„Kryworischstal“ hat nicht die Statistik gefälscht], in: Kommersant“, 17.11.2005 (Internetausgabe).

¹⁰ <http://www.korrespondent.net/main/154923>.

¹¹ Georgij Kovalev: Politika non grata, in: <http://www.politcom.ru/article.php?id=2852> (06.06.06.)

¹² „Nam kažetsja v Krymu otrabatyvaetsja nekajaja model' destabilizacii situacii obščegosudarstvennogo masštaba“ [„Uns scheint es, als arbeite man auf der Krim an einem Modell zur Destabilisierung der Situation auf gesamtstaatlicher Ebene.“, in: Den', 23.06.2006.

2006 in Feodosija Protestaktionen gegen die Präsenz der Nato an. Mehrere Hundert Menschen wurden mobilisiert und forderten den Rückzug der amerikanischen Vorbereitungstruppen.

Die ostslawisch-nationalistische Gruppe „Bratswo“ (Bruderschaft), die in den Tagen der Orangen Revolution 2004 in den Krimstädten Feodosija, Jalta und Kertsch registriert wurde, gilt als weit verzweigtes Netzwerk der antiorangen Gegenrevolution, die sich u.a. aber auch gegen die griechisch-katholische Kirche in der Ukraine oder die EU-Perspektiven richtet. Diese Gruppe nutzt ihre Beziehungen in die etablierte Parteienlandschaft, um Aktionen wie auf der Krim oder in der Hafens- und Werftenstadt Mykolajiw zu organisieren.¹³ Mykolajiw hatte sich auf Initiative der Abgeordneten der Progressiven Sozialistischen Partei Witrenko zur „NATO-freien Zone“ erklärt. Kurze Zeit später folgten der Oberste Rat der Autonomen Republik Krim und der Charkiwer Gebietsrat nach. Die Krim ist bei alledem ein Mikrokosmos, in dem die regionalen und transregionalen Konfliktlinien zusammengeführt werden. Problematisch ist das koordinierte Agieren nationalbolschewistischer und zunehmend gewaltbereiter Gruppen in der Region, die sich gegen die „Blockadepolitik“ in Transnistrien ebenso wenden wie gegen eine weitere Westintegration der Ukraine. Die Einreiseverbote für russische Politiker in die Ukraine waren Reaktionen, die in der Perspektive noch schärfer ausfallen können. Die ukrainisch-transnistrische Schwarzmeerregion ist eine Konfliktherd, in der externe Destabilisierungsakteure Interessen wahrnehmen. Hier stoßen Demokratisierungspolitiken, Projekte der Europäischen Nachbarschaftspolitik und vor allem Perspektiven einer schnellen Nato-Erweiterung an scharfe Grenzen.

Rückkehr der russischen Sprache

Mit Janukowytsch ist der Teil der ukrainischen Elite an die Macht zurückgekehrt, der sich in der Vergangenheit immer wieder gegen eine „Ukrainisierung der Ukraine“ gewandt hat. Der historisch-geografische Graben, der die Ukraine entlang des Dnepr in einen West- und einen Ostteil spaltet, klafft noch immer tief. Präsident Juschtschenko, der im Januar 2005 mit der Absicht angetreten war, die Ukraine zu einen, hat in seiner Ansprache angekündigt, dass die Ukraine jetzt die Chance habe, die beiden Ufer des Dnepr miteinander zu verbinden. Janukowytsch ist im Westen der Ukraine eine polarisierende Figur wie Juschtschenko im Osten und Süden des Landes.

Den NATO Protesten im Hafen von Feodosia ging die Verschärfung der Sprachenfrage voran. Vor der Aktion auf der Krim haben zahlreiche Stadt- und Gebietsräte im Osten und Süden der Ukraine die Entscheidungen getroffen, dem Russischen den Status einer regionalen Sprache zu gewähren. Die lokalen und regionalen Abgeordneten haben sich dabei auf die Europäische Charta der Regionalsprachen und der Sprachen der nationalen Minderheiten berufen. Diese Entscheidungen der lokalen Ebene sind Spoiler-Prozesse, die von der Partei der Regionen bewusst in Gang gesetzt und gesteuert wurden. Die Autorität der Kiewer Macht sollte untergraben und an der empfindlichsten Stelle getroffen werden: der

¹³ Am 14. Juni 2006 organisierte der Eurasierbund, die Witrenko-Sozialisten ein Meeting am Gebietsrat von Mykolajiw; dieser sollte ein Eindringen der Nato in die Stadt, den Hafen und die Schiffswerften verhindern.

historisch-kulturellen Differenzierung des Landes. In der Tat gehörte es zu den großen Versäumnissen der orangenen Regierungen und vor allem des Präsidenten, keine hinreichenden Integrationsprozesse in Gang gebracht zu haben und die lokalen Eliten in ihre Modernisierungsvorhaben eingebunden zu haben.

Zwar haben das Gebiet Charkiw und der Stadtrat von Dnipropetrowsk nach dem Gerichtsurteil ihre Entscheidungen rückgängig gemacht, doch der Symbolwert dieser Entwicklung ist deutlich: die Desintegrationsprozesse halten gegenüber den Integrationsprozessen unvermindert an. Hier liegen die eigentlichen Aufgaben der neuen Regierung Janukowytsch: wenn sie ein spezifisches Aufgabenfeld besitzt und die Regierungsbildung eine „historische Chance“ darstellt, dann ist es die Eini-gung der Nation. Ein Blick auf das Akteurstableau relativiert voreilige Hoffnungen schnell: ein Regionen-Politiker, der sich für die Sprachdifferenzierung einsetzte, die Anti-Nato-Demonstrationen unterstützte und der während der Orangenen Revolution zu den Initiatoren der Süd-Östlichen Autonomen Republik gehörte und damit die Abspaltung des Industriereviere von der Ukraine vorschlug, ist nicht nur stellvertretender Vorsitzender der Partei der Regionen, sondern zugleich Vorsitzender des Ausschusses für Rechtspolitik der Werchowna Rada.

05. März	–	Stadt Charkiw (revidiert)
25. April	–	Gebiet Luhansk
25. April	–	Stadt Sewastopol
12. Mai	–	Stadt Mykolajiw
18. Mai	–	Gebiet Donezk
24. Mai	–	Stadt Dnipropetrowsk (revid.)
26. Mai	–	Stadt Donezk
30. Mai	–	Stadt Luhansk
02. Juni	–	Stadt Feodosija
03. Juni	–	Gebiet Charkiw
06. Juni	–	Krim
22. Juni	–	Gebiet Zaporischschija
05. Juli	–	Stadt Zaporischschija

Tabelle 1: Gebiete und Städte der Ukraine, die 2006 zur Nutzung des Russischen als zweite offizielle regionale Amtssprache übergegangen sind

Perspektiven

1) Die Regierungsbildung in der Ukraine macht auf Seiten der EU, der bilateralen Beziehungen und der Nato eine Analyse der veränderten Akteurslage in wichtigen außenpolitischen Funktionen erforderlich. Die amerikanische Administration hat deutlich gemacht, dass die Wahl Janukowytschs formal nach den verfassungsmäßigen Regeln erfolgt sei und man daher mit der Regierung zusammenarbeiten werde. Diesem Ansatz sollte sich die EU zwar anschließen, allerdings ist eine Phase der Orientierung, der Bewertung des ukrainischen Regierungshandelns im innen- und außenpolitischen Bereich notwendig, nicht zuletzt im Blick auf eine verantwortliche Verwendung von Unterstützungsmitteln auf bilateraler und EU-Ebene.

2) Die Nato wird die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Rahmen der Ukraine-Nato-Charta, der *NATO-Ukraine Commission*, der *Joint Working Group on Defense Reform*, im Rahmen der *Partnership for Peace* sowie *Trust Fund* Projekten fortsetzen und intensivieren. Dabei wären die Bemühungen neben der Harmonisierung von Waffensystemen und Ausrüstung auf die Unterstützung der ukrainischen Regierung bei der Umsetzung ihrer Nato-Staatsprogramme zu richten. Mit Verteidigungsminister Hryzenko und Außenminis-

ter Tarasjuk bleiben die Ansprechpartner für Brüssel erhalten. Sie müssen vor allem Kanäle in den neuen, von der Partei der Regionen dominierten Regierungsapparat ausbauen. Für die künftige Zusammenarbeit ist ein neuer Zeitplan erforderlich, der einen MAP für das Jahr 2007 oder 2008 ankündigt und an konkrete Erwartungen knüpft.

3) Für die EU und die weitere Umsetzung des Aktionsplanes im Rahmen von ENP wäre zunächst eine Einarbeitung der deutschen Vorschläge des Papiers „Nachbarschaftspolitik-Plus“ erforderlich, um eine neue Dynamik des Nachbarschaftsprozesses anzustoßen. In der zu erwartenden Annäherung zwischen Ukraine und Russland scheint eine angebotsorientierte Politik der EU notwendig zu sein. Wichtig erscheinen dabei Programme im Bildungssektor, bei der Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, Experten/Studierenden-Austauschprogramme, die sich vor allem auf die östlichen Territorien, also besonders auf die Gebiete Luhansk, Dnipropetrovsk, Donezk und die Krim konzentrieren.

4) Deutschland sollte die nächsten Regierungskonsultationen in der Ukraine und die EU-Präsidentschaft dazu nutzen, die Ukraine bei der Umsetzung des Aktionsplans zu unterstützen und diese bei der Energiesicherheit, der Verbesserung des Investitionsklimas, der Erleichterung des Visaregimes und der Schaffung einer Freihandelszone mit der EU zu fördern. Hier wären Möglichkeiten die Positionen des deutschen „NachbarschaftPlus“-Papiers mit Leben zu erfüllen.

aus Ukraine operieren:	aus Moldawien operieren:	aus Transnistrien operieren:	aus Russland operieren:
<ul style="list-style-type: none"> • „Proryw“ • „Eurasischer Bund der Jugend der Ukraine“ • „Liga der slawischen Jugend“ • „Partiotischer Bund der Jugend“ • Stiftung „Europäische Werte“ • Demokratische Jugend der Ukraine • „Junge Garde“ (Witrenko) • „Opora“ • „Jugendnationalistischer Kongress“ • „Jugend – Hoffnung der Ukraine“ • Partei „Bratstwo“ (Bruderschaft) • „National-bolschewistische Partei“ • „Ukrainischer Studentischer Bund“ • Bewegung „Ce Gevara“ • „Bund der Orthodoxen Bruderschaften“ • „Ukrainische Bewegung ZUBR (Für die Ukraine, Belarus und Russland)“ • Block der Parteien „Russischer Block“ 	<ul style="list-style-type: none"> • „Liga der antibürokratischen Aktion“ (September 2005): - „Eurasischer Bund der Jugend Moldovas“ - Partei „Bratstwo“ (ukr) - „Avante“ („Junge hyperdemokratische Bewegung“) - „National-bolschewistische Partei (russ)“ • „Proryw“ 	<ul style="list-style-type: none"> • „Proryw“ (Juni 2005): - „Eurasischer Bund der Jugend“ (russ) - Regionale Bewegung „Eurasia“ (russ) - „Soziologische Initiative“ - „Klub der Geschäftspartner“ - „Rat für nationale Strategie Russlands“ (Vertretung in Transnistrien) - Stiftung „Europäische Werte“ (ukr) - „Juristische studentische Beratung“ - Studentischer Allianz „Demokratische Aufforderung“ - „Liga der slawischen Jugend“ (ukr) - „Patriotischer Bund der Jugend“ (ukr) - „Demokratische Jugend der Ukraine“ (ukr) - „Studentische Gewerkschaft der staatlichen Universität Transnistriens“ - „Patriotischer Bund der Jugend Transnistriens“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Bewegung „Eurasia“ (Alexander Dugin) • „Eurasischer Bund der Jugend“ (Februar 2005): - Partei „Bratstwo“ (Korčynskij) - „Junge Garde“ (Witrenko) - Jugendabteilung der „Arbeitspartei der Türkei“ • Anti-orangene Jugendbewegung (September 2005): - „Eurasischer Bund der Jugend“ - „Bund der Jugend Baschkiriens“ - Partei „Bratstwo“ - Tatarische Nationalisten „Azaltyk“ - Georgische Bewegung „Antikmara“ - Jugendliche Organisationen aus der Ukraine, Belarus, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien

Tabelle 2: Interne und externe Destabilisierungsakteure auf der Krim und in der Ukraine, Sommer 2006